

Beschluss der KDV Neukölln vom 6.10.2018

Verwaltung stärken für mehr Mieter*innenschutz

Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder der BVV und des Bezirksamts auf, die Verwaltungskapazitäten auszubauen und weitere Maßnahmen zu ergreifen, um schlagfertig alle Schritte ergreifen zu können, die Mieter*innen schützen. So müssen Leerstand und Zweckentfremdung bekämpft, der Milieuschutz durchgesetzt, der gemeinwohlorientierte Wohnungsbau gefördert und das Vorkaufsrecht als scharfes Schwert gegen Spekulationen ausgebaut werden. Insbesondere die Beschränkung auf zwei städtische Wohnungsunternehmen zur Nutzung des Vorkaufsrechts ist nicht angemessen. Eine stärkere Öffnung hin zu allen gemeinwohlorientierten Trägern (bspw. auch Mietschaussyndikaten) ist das Gebot der Stunde.

